

NEWS UPDATE



AUSGABE
NOVEMBER 2016

KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

Foto: Fotolia.com

BERATUNG DER STADT ALTENBERG

In den letzten Jahren entstanden in vielen Regionen Sachsens Initiativen, die sich für eine Verbesserung der Lebenssituation von Migrant*innen und Geflüchteten in Sachsen engagieren. Das Kulturbüro Sachsen e. V. unterstützt aktiv die Gründung solcher Initiativen und berät und begleitet deren Arbeit.

Der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge verfolgt bezüglich der Unterbringung geflüchteter Menschen ein Solidarprinzip: die Städte und Gemeinden sollen entsprechend ihrer Einwohner*innenzahl Geflüchtete aufnehmen. Viele Orte arbeiten aktiv an der Umsetzung dieses im Unterbringungs- und Kommunikationskonzepts verankerten Prinzips mit.

.....MEHR AB SEITE 4

FORMEN VON RASSISMUS IN KITA

Die Fachstelle Jugendhilfe stand vor der Aufgabe, eine Modulreihe zu entwickeln, die für das Arbeitsfeld Kita sowie das enge Zeitformat in Kita von jeweils 3 Stunden geeignet sein musste. Um die Teilnehmenden mitzunehmen, war es wichtig, an deren Lebenswelt anzuknüpfen. Aus diesem Grund verwendeten wir Methoden aus dem Anti-Bias-Ansatz, der Antirassismusbearbeitung und Betzavta für unsere Fortbildung und Beratung.

.....MEHR AB SEITE 5

INHALT

VORWORT

Legitimationskrise und Partizipation.....2

IN DER PRAXIS

Beratung der in Stadt Altenberg.....4

Formen von Rassismus in Kita.....5

Menschenrechtsorientierte Sozialarbeit.....6

Perspektiven im Sozialraum.....7

PROJEKTE

In einer coolen Demokratie leben – mit der IG BCE.....9

GASTKOLUMNE

Die Brechtschen Lehrstücke.....10

AUF EINEN BLICK

Tagungen / Veranstaltungen.....13

Kulturbüro International.....16

Publikationen18

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vierten Newsletter möchten wir Sie über unsere Beratungs- und Arbeitsansätze im zweiten Halbjahr 2016 informieren. Wir würden uns freuen, wenn Sie in den Beiträgen Anregungen für Ihre Arbeit, interessante Perspektiven oder streitbare Themen zur Auseinandersetzung finden.



Mit unseren Beratungsangeboten begegnen wir in Sachsen verschiedensten Situationen. Einige davon könnte man neben den konkreten Beratungs- und Begleitungsaufträgen, die sich für alle Arbeitsbereiche ergeben, auch als eine ernsthafte Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie bezeichnen. Dies zeigt sich an unterschiedlichen Punkten: Zum einen kann man seit etlichen Jahren eine stetig abnehmende Vertretungen demokratischer Parteien in den Kommunalparlamenten beobachten. Durch Kandidaten*innenmangel und den damit verbundenen Rückgang der Mitarbeit demokratischer Parteien in der Fläche können diese Parteien nicht mehr für alle Gemeindeparlamente vor Ort ihren politischen Gestaltungsanspruch anmelden.

Diese Entwicklung ist aber auch mit einem Effekt verbunden, der die Stärke der parlamentarischen Demokratie sichtbar macht: zunehmend, vor allem in den ländlichen Räumen und kleineren Gemeinden, entstehen Wählervereinigungen und Initiativen, die sich für kommunalpolitische Themen engagieren, kandidieren und große Teile des Gemeinderates stellen. Zum anderen fühlen sich trotz dieser breiten Interessenvertretungen viele Menschen nicht mehr mit ihren Themen, Fragen und Anliegen vertreten und gehört. So verstehen sie die Abgabe ihrer Stimme z. B. zur Kreistags- und Kommunalwahl nicht mehr als inhaltliche Mitbestimmung oder Richtungsentscheidung, sondern nutzen die Wahl zunehmend als Ausdruck von Protest gegen die etablierten Kandidat*innen in Parteien und auch Wählervereinigungen.

Dieser Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie muss mit Ernsthaftigkeit begegnet werden, wenn die Rahmenbedingungen für die Demokratie nachhaltig gestärkt werden sollen. Dies fordert u.a. deutlich bessere Übersetzungsleistungen für hochkomplexe politische Themen, neue

Methoden der Kommunikation zwischen Bürger*innen und Politik und echte Partizipation und Mitbestimmung von Bürger*innen bei politischen Richtungsentscheidungen im mittelbaren und unmittelbaren Lebensumfeld.

Gerade auf kommunaler Ebene bestehen gute Möglichkeiten die repräsentative Demokratie durch partizipative Elemente zu verstärken, da sich politische Prozesse hier auf das unmittelbare Lebensumfeld der Bürger*innen beziehen. Dass dort ein hohes Interesse an Beteiligung besteht und dieses unmittelbar wirksam werden kann, haben einerseits die Debatten zur Unterstützung Asylsuchender und zu Asyl als Menschenrecht gezeigt, aber andererseits auch die asylfeindlichen Mobilisierungen und dauerhaften Proteste.

Auf kommunaler Ebene können hier die Möglichkeiten der direkten, kontinuierlichen und lösungsorientierten Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ausgebaut und eingeübt werden.

Eine Einladung zu einer Bürger*innenversammlung, die sich mit kommunalpolitischen Themen, wie z. B. einer Umgehungstraße, eines Spielplatzes oder der Unterbringung von Asylsuchenden beschäftigt, also thematisch konkret ist und die Bürger*innen direkt und persönlich anspricht, kann zu einem gelingenden Austausch führen. Diejenigen Bürger*innen, die von den Maßnahmen betroffen sind, sollten personalisiert eingeladen und angesprochen werden. Lädt dagegen der / die Bürgermeister*in zur Einwohner*innenversammlung zur Änderung des Flächennutzungsplanes nur über das Amtsblatt ein, werden sich vermutlich nicht viele angesprochen fühlen und noch weniger teilnehmen. Wenn also Politiker*innen zu kommunalen oder regionalen Themen das Gespräch mit den Bürger*innen suchen, machen sie damit deutlich, dass auch eine repräsentative Demokratie umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten bietet. Dort können Lösungen für lokale Fragen gemeinsam mit den Bürger*innen erarbeitet werden. Bürger*innen können in solche Prozesse Perspektiven einbringen, die Entscheidungsträger*innen unterstützen und so deren Handeln beeinflussen. Ist Politik und Verwaltung offen dafür, die eigenen Vorstellungen als eine Option im demokratischen Gestaltungsprozess zu sehen und die Wünsche der Bürger*innen als eine gleichwertige, kann dieser Prozess gelingen. Gute Beispiele dafür gibt es in zahlreichen Gemeinden in Sachsen.

So lässt sich eine belastbare Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürger*innen etablieren ein strukturiertes Gespräch mit klaren Regeln im Austausch und mit verlässlichen Ergebnissen. So können emotionale Eskalationen – wie z. B. zur Unterbringung von Asylbewerber*innen – vermieden werden, da ein Gesprächsfaden zwischen Kommunalpolitik und Bürgerschaft besteht. Diese partizipative Leerstelle ist die Chance für politische Parteien und Wählerbündnisse durch das Ringen um die besten Lösungen für kommunalpolitische Themen Wähler*innen zurückzugewinnen und damit zur Stärkung der repräsentativen Demokratie beizutragen.

Dazu gehört Mut, Zeit, Ausdauer und der politische Wille zur Auseinandersetzung mit streitbaren Themen und Bürger*innen, doch die positiven Beispiele zeigen den langfristigen Erfolg.

Gerne beraten und begleiten wir Sie vor Ort in Ihrer Gemeinde. Ein Beispiel dafür finden Sie in diesem Newsletter. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und freue mich auf Ihr Feedback.

Dialog kann nur unter gesellschaftskonformen Rahmenbedingungen ablaufen. Das setzt die Akzeptanz von Grundrechten und gesellschaftlichen Normen, die in diesem Land gelten, voraus. Dazu gehört, dass Asyl ein Menschenrecht ist und Jede und Jeder einen Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren hat. Wenn dieser Rahmen klar beschrieben ist, wird dann in den Dialogveranstaltungen darüber geredet, wie Migration in Deutschland erfolgreich sein kann und wie Schwierigkeiten gemeinsam analysiert und schlussendlich gemeistert werden können. Diskutiert werden in diesem Kontext Fragen, die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft, Altersarmut, fehlende Sozialwohnungen, Diskriminierung und Minderheitenschutz betreffen.

Bereits 2013 haben wir im Fachbuch unter dem Titel „(Dia)Logbuch Sachsen – prozessorientierte Beratung im ländlichen Raum“ unsere Rahmenbedingungen für einen gelingenden Dialog öffentlich vorgestellt.

Wer sich an einem solchen Dialog beteiligen möchte, ist uns herzlich willkommen. Diejenigen, die mit Bürgerwehren das Gewaltmonopol des Staates untergraben und mit Gewalt gegen Geflüchtete, Willkommensinitiativen, Politik, Polizei und Journalist*innen vorgehen, müssen sich juristisch verantworten. Sie sind keine Gesprächspartner*innen in unseren Beratungsprozessen.

Das sind für uns die Rahmenbedingungen eines Dialoges, den wir gerne in Form von Beratungsgesprächen und –prozessen, Diskussionsrunden, Fishbolws, Tagungen, Konferenzen, Workshops und Einzelgesprächen in Sachsen führen und wozu wir Sie sehr herzlich einladen.

Im aktuellen Newsletter des Kulturbüro Sachsen e. V. finden Sie Dialogansätze, mit denen wir in den letzten Monaten in Sachsen unterwegs waren.

Ich freue mich auf Ihre Anregungen und Kritik und verbleibe mit herzlichen Grüßen

Grit Hanneforth
Geschäftsführerin



Foto: Kulturbüro Sachsen e. V.

MIT HARTHA'S JUGEND IN DIE ZUKUNFT!?

Projekt DIADEM diskutiert Sozialraumportrait zur Jugendarbeit und Jugendbeteiligung in Hartha/Mittelsachsen mit Einwohner*innen, Engagierten und Expert*innen

Rund 50 Gäste folgten am 3. Mai 2016 der Einladung der Jugendinitiative Bronx Hartha und des KBS in die Stadtbibliothek Hartha. Neben der Vorstellung des Sozialraumportraits „Was hat man denn als Jugendlicher mitzubestimmen?“ schloss sich eine lebhafte Podiumsdiskussion zu mehr Jugendbeteiligung im Ort an. Das ausführliche Sozialraumportrait steht auf der Homepage zur Verfügung.

BERATUNG IN DER STADT ALTENBERG IM THEMENBEREICH ASYL

In den letzten Jahren entstanden in vielen Regionen Sachsens Initiativen, die sich für eine Verbesserung der Lebenssituation von Migrant*innen und Geflüchteten in Sachsen engagieren, sowie für einen menschenrechtsorientierten Umgang mit den Themen Flucht und Asyl streiten. Das Kulturbüro Sachsen e. V. unterstützt aktiv die Gründung solcher Initiativen und berät und begleitet deren Arbeit.

Der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge verfolgt bezüglich der Unterbringung geflüchteter Menschen ein Solidarprinzip: die Städte und Gemeinden sollen entsprechend ihrer Einwohner*innenzahl Geflüchtete aufnehmen. Viele Orte arbeiten aktiv an der Umsetzung dieses im Unterbringungs- und Kommunikationskonzepts verankerten Prinzips mit. In einigen wenigen gibt es aufgrund der Wohnsituation – kein kommunaler Wohnraum, kein Leerstand – objektive Schwierigkeiten, in anderen wiederum nehmen Bürgermeister*innen und Stadträt*innen die von Ressentiments und rassistischen Vorurteilen geprägte Stimmungslage wahr und verhalten sich entsprechend zurückhaltend mit Wohnungs- oder Objektangeboten. Bevor geflüchtete Menschen in den Orten untergebracht wurden, führte das Landratsamt zunächst Informationsveranstaltungen in Form von Einwohner*innenversammlungen durch. Zunehmend wurde jedoch den politisch Verantwortlichen und der Verwaltung deutlich, dass in Einwohner*innenversammlungen Informationsvermittlung und ein Dialog mit der Einwohner*innenschaft nur sehr begrenzt möglich sind. Häufig wurden die Veranstaltungen von rassistischen Stimmungen dominiert. Für menschenrechtsorientierte Positionen und den Austausch über die Gestaltung eines friedlichen respektvollen Miteinanders von alteingesessenen und zugewanderten Menschen gab es keinen Raum. Die Dominanz der Asylgegner*innen bis hin zu verbalen Angriffen, Beschimpfungen und Verunglimpfungen schüchterte andere ein. Es fiel auf, dass Bürger*innen, die Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit vertreten oder sich Gedanken über das Zusammenleben im Ort machen, die Einwohner*innenversammlungen mieden. Immer mehr Bürgermeister*innen begannen nach anderen Möglichkeiten der Kommunikation mit den Einwohner*innen zu suchen.

Als sich im Frühsommer 2015 einige Altenberger*innen mit der Bitte um Unterstützung an das Mobile Beratungsteam (MBT) wandten, lebte noch kein geflüchteter Mensch im Ort. Dennoch waren rassistische Positionen bereits öffentlich wahrnehmbar. Flugblätter gegen die Aufnahme von Flüchtlingen wurden in Briefkästen verteilt und in den sozialen Medien wurde gegen geflüchtete Menschen gehetzt. Dies kam für das MBT nicht überraschend, hatten die Mitarbeiter*innen doch seit Jahren von neonazistischen Erscheinungen im Ort Kenntnis. Das Mobile Beratungsteam bot eine Unterstützer*innenschulung an, um Wissen zum Thema Asyl zu vermitteln, Menschen, die sich für Geflüchtete einsetzen wollen, zusammenzubringen und zu stärken. Diese Schulung fand Anfang Juli statt. Zum Ende des Tages verabredeten die Teilnehmenden ein nächstes Treffen, zu dem sie weitere Interessierte einladen wollten. Der Start für eine Willkommensinitiative in Altenberg war geschafft. Parallel organisierte die kommunale Verwaltung eine Einwohner*innenversammlung, die der Bürgermeister trotz

der Erfahrungen aus anderen Orten des Landkreises für unumgänglich hielt. Zu diesem Zeitpunkt gab es keinen unmittelbaren Kontakt des MBT's zum Bürgermeister. Über die Teilnehmer*innen der Schulung konnte zumindest kommuniziert werden, dass eine externe Moderation notwendig sein würde. Diesem Rat folgte der Bürgermeister. Jedoch verlief die Veranstaltung insgesamt unbefriedigend. Nach der Begrüßung durch den Bürgermeister und einführenden Worten der Moderatorin informierte der Landrat zur Situation im Landkreis, zu den Zuständigkeiten und dem Konzept des Landkreises. Die anschließende Diskussion prägten die Asylgegner*innen mit diffusen Ängsten, rassistischen Ressentiments und einer Ablehnung der Aufnahme Geflüchteter in ihrer Stadt. Da es kein zentrales Mikrofon in der Mitte der vollbesetzten Halle gab, hatte die Moderatorin Mühe, den Überblick zu behalten.

Kurz danach fand das erste Treffen der Willkommensinitiative, die sich wenig später für den Namen Initiative Asyl Altenberg entschied, in den Räumen der Evangelisch-Lutherischen Kirche statt. Neben den Teilnehmer*innen der Schulung waren u. a. Mitglieder der evangelischen und der katholischen Gemeinde, der Ortsvorsteher von Zinnwald, einem Ortsteil der Stadt Altenberg, und Schüler*innen des Gymnasiums anwesend. Das MBT berichtete von den Erfahrungen anderer Initiativen und beriet zur Strukturierung der Arbeit. Unter dem Eindruck der dramatisch verlaufenen Einwohner*innenversammlung, die vor allem von Asylgegner*innen geprägt wurde, suchten die Anwesenden nach Alternativen, um mit den Menschen aus dem Ort zum Thema Asyl ins Gespräch zu kommen. Das MBT schlug eine kleinteilige Herangehensweise vor, die der Ortsvorsteher von Zinnwald sehr begrüßte. Im Folgenden beriet MBT die erste Veranstaltung. Die Organisator*innen verständigten sich auf zwei Prämissen: Die katholische Kirche Zinnwald, in der die Versammlung stattfand, würde kein Ort rassistischer Hetze sein und die Mitglieder der Initiative, die aus diesem Grund zahlreich vertreten waren, sollten gestärkt aus der Diskussion hervorgehen. Der gemeinsamen Einladung von evangelischer und katholischer Gemeinde folgten der Bürgermeister, die 1. Vizepräsidentin des Sächsischen Landtages, Gemeindeglieder und weitere Einwohner*innen. Nach einem Vortrag vom MBT wurden in respektvoller Atmosphäre die Fragen der Bürger*innen beantwortet, Sorgen und Ängste angesprochen und für Mitmenschlichkeit geworben. Dass der Informationsteil aus zivilgesellschaftlicher Perspektive vorgetragen wurde, erwies sich als günstig. Damit konnten sich die Menschen leichter identifizieren als mit Verwaltungshandeln und der Sicht von Verwaltung. Auch für den Bürgermeister war es wichtig zu sehen, wer in seiner Stadt ein friedliches Zusammenleben von Alteingesessenen und Zugewanderten konstruktiv mitgestalten will und von wem er konkret Unterstützung erhält. Das MBT erhielt in der Folge Einladungen zu Beratungsgesprächen mit dem Bürgermeister und seinem tschechischen Amtskollegen aus dem benachbarten Dubi sowie zu Treffen der Initiative.

Im Herbst kamen die ersten geflüchteten Menschen nach Zinnwald, die von Vertreter*innen der Initiative Asyl Altenberg mit Brot und Salz begrüßt wurden. Diese Form des Willkommens wurde auch in den folgenden Monaten für die neu ankommenden Menschen in Geising und Rehefeld beibehalten.

Als im Dezember die Asylgegner*innen zur Demonstration nach Altenberg eingeladen hatten, bat die Initiative erneut um Beratung. Mit einem Friedensgebet, einem anschließenden Beisammensein und einer Stellungnahme in der Sächsischen Zeitung positionierten sich die Menschen gegen die rassistischen Mobilisierungen im Ort. Draußen demonstrierten ca. 250 Asylgegner*innen, u. a. angeführt von der Bürgerwehr Altenberg.

Heute hat die Initiative Asyl Altenberg 60 Mitglieder. Wöchentliche Begegnungsnachmittage mit bis zu 80 Teilnehmenden, Kreativangebote, Wanderungen, mehrere Deutschkurse, eine Fahrradwerkstatt und Ferienangebote

sowie Kontakte zu den örtlichen Sportvereinen gehören zu den Aktivitäten der Initiative. Der Bürgermeister unterstützt inzwischen die Initiative auch ganz praktisch, z. B. durch das Bereitstellen von Räumen im Rathaus und im Bahnhof. Die Möglichkeit der Beratung durch das MBT wird geschätzt und häufig angenommen. Die Fragen sind vielfältig. Sie reichen von Projektfinanzierung, Nachfragen ehrenamtlicher Deutschlehrer*innen bis zum Umgang mit rassistischen Erscheinungen im Ort.

Markus Kemper / Petra Schickert*¹

Der Artikel ist eine gekürzte Fassung eines Beitrages in dem aktuell erschienenen Band „Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften“, hg. von Tilo Heim, Springer VS 2017.

Der Band behandelt erstmals systematisch die Wechselwirkungen zwischen Pegida und anderen gesellschaftlichen Instanzen, denn die Bewegung lässt sich nicht hinreichend aus der sozialen Herkunft oder der Mentalität der Demonstrierenden verstehen. Die Analyse von Diskursen, Symboliken und Konfliktlagen zeigt widersprüchliche Abgrenzungen und Bezugnahmen zwischen Pegida, Parteipolitik, Bildungsträgern, Medien und Expert*innenkultur, die im Kontext weitreichender Krisenkonstellationen untersucht werden. Das Verhältnis der Entscheidungs- und Deutungseliten zu anderen Bevölkerungsteilen oder die strukturelle Krise der Repräsentativdemokratie spielen dabei ebenso eine Rolle, wie journalistische und sozialwissenschaftliche Reaktionen.

UMGANG MIT RASSISTISCHEN ERSCHEINUNGSFORMEN IM BEREICH KITA

EXKURS ZUM RASSISMUSBEGRIFF

In diesem Artikel wird Rassismus als mehrdimensionaler Begriff verwendet. Da dieser Begriff oft eine Abwehrhaltung auslöst, möchten wir kurz erläutern, was wir darunter verstehen. Rassismus beschreibt die Konstruktion einer Gruppe, der fälschlicherweise bestimmte Wesenszüge und Charaktereigenschaften zugeschrieben werden, ohne das Individuum zu berücksichtigen. Die Gruppenzugehörigkeit erfolgt durch eine unterstellte Homogenität aufgrund äußerlicher Unterschiede von Menschen, z. B. der Hautfarbe. Rassismus geht nicht ausschließlich mit einer vorsätzlichen bösen Absicht einher, sondern kommt auch durch augenscheinlich positiv gemeinte Äußerungen zum Ausdruck, z. B. alle „Afrikaner“ könnten gut tanzen. Bereits das in das Kopfhair fassen und betonen, dass man das schon immer mal tun wollte, um zu wissen, wie sich das anfühlt, wird von den Betroffenen als übergriffige und auf äußere Merkmale zielende Handlung erlebt, das die in ihnen „anders seiende“ Eigenschaften heraushebt. Sie fühlen sich markiert. Der Prozess wird in der antirassistischen Bildung als Othring zusammengefasst. Auf eine ähnliche Konstruktion läuft das rassistische Markieren des Anderssein aufgrund expliziter biologistischer Markierungen hinaus, etwa: „Die Kinder laufen gerne barfuß, weil es ihnen im Blut liegt.“ Gleich, ob die Interaktion negativ oder positiv gemeint ist, unterstellt sie der betroffenen Person stets, fremd zu sein und nicht dazugehören. Kein Mensch ist frei von rassistischen Gedanken und Konstruktionen. Wichtig ist, sich dieser Sozialisationstatsache bewusst zu werden und daran zu arbeiten.

Die Fachstelle Jugendhilfe des Kulturbüro Sachsen e. V. begleitet seit einigen Jahren Kitas bei solchen Sensibilisierungsprozessen, die wir ergebnisoffen und wertschätzend gestalten. Häufig begegnet uns bei den Erzieher*innen deren große Verunsicherung, was rassistisch ist und vor allem begegnen uns die Kolleg*innen mit der Erwartung und dem Wunsch, nicht rassistisch zu sein und irgendeinem rassistischen Umfeld Vorschub zu leisten.

Im Mai dieses Jahres endete die halbjährig andauernde Fortbildungsreihe in der Kita A. Für die Beratung wurden wir von einer Mutter, die ihre beiden Söhne in der Einrichtung rassistischen Übergriffen ausgesetzt sah, beauftragt. Diese suchte mehrfach das Gespräch mit dem*r Gruppenleiter*in und dem*r Leiter*in. Die Mitarbeiter*innen der Einrichtung fühlten sich zu Unrecht dem Vorwurf des Rassismus ausgesetzt. Wir hatten uns nach einigen Gesprächen mit der Auftraggeberin der Kita als Beratungsinstitution vorgestellt. Als Ausgangspunkt des ersten Beratungsgesprächs mit dem pädagogischen Team der Kita A wählten wir die Verwendung des Liedes „Alle Kinder lernen lesen“. Wir hatten Kenntnis darüber, dass sich die letzte Auseinandersetzung zwischen den Erzieher*innen und der Mutter an der Diskussion um den rassistischen Inhalt des Liedes entsponnen hatte. Für nicht alle Fachkräfte war nachvollziehbar, was gegen den Einsatz des Liedes sprach. Trotzdem erklärte sich die Einrichtung zur Weiterbildung bereit. Gemeinsam mit dem Team wurden Themenschwerpunkte, mit denen es sich auseinandersetzen wollte, festgelegt. Im Rahmen von vier dreistündigen Modulen arbeiteten wir zu den Themen:

1. Reflexion der eigenen ethnischen Identität
2. Gemeinschaften und Gesellschaft - Religion und Sekten
3. Kita im Kontext von Asyl und Flucht

1-Für die mit * gekennzeichneten Namen - gilt folgender Hinweis: Die MBT-Kolleg*innen publizieren hier außerhalb der geförderten Arbeitszeit.

Die 4. Veranstaltung stand für Fragen und Themen, die bei der bisherigen Zusammenarbeit entstanden waren, zur Verfügung. Die Diskussion mit dem gesamten Team zu den vorab gesammelten Themenvorschlägen führte zum Auftrag, für die 4. Veranstaltung ein Modul zu gestalten, in dem die Beschäftigung mit Enttäuschungen und Störungen in der erzieherischen Arbeit reflektiert werden konnte. Darüber hinaus sollte sich das Team über bewährte Entlastungsmethoden austauschen.

Die Fachstelle stand vor der Aufgabe, eine Modulreihe zu entwickeln, die für das Arbeitsfeld Kita sowie das enge Zeitformat von jeweils 3 Stunden geeignet sein musste. Um die Teilnehmenden mitzunehmen, war es wichtig, an deren Lebenswelt anzuknüpfen. Aus diesem Grund verwendeten wir Methoden aus dem Anti-Bias-Ansatz, der Antirassismuserbeit und Betzavta, um Impulse zu setzen und schränkten Frontalvorträge zeitlich eng ein. Besonders wichtig war es, ausreichend Zeit für die Reflexionsrunden einzuplanen, um sich über eigene Erfahrungen und Erleben von Macht und Ohnmacht als Minorität / Majorität auszutauschen. Zudem erhielt die Fachstelle dadurch Anregungen zur Verbesserung der Module. Aufgrund der langfristigen Zusammenarbeit mit der Kita A erhielt die Fachstelle Jugendhilfe durch den Einrichtungsträger die Möglichkeit, die Modulreihe ein weiteres Mal in einem umfangreicheren Format durchzuführen. Die erprobten und bewährten Module bieten wir auch zukünftig einzeln und als Reihe für Fortbildungen von Fachkräften im Bereich frühkindlicher Erziehung an.

Parallel zur Weiterbildung in der Kita A arbeitete die Fachstelle mit der beauftragenden Mutter weiter. In den Beratungsgesprächen zeigte sich, dass die Familie wiederholt in öffentlichen Räumen Opfer von rassistisch motivierten Übergriffen wurde. Belastende familiäre Probleme verstärkten die alltägliche Situation zusätzlich. Wir standen vor der Frage, welche Unterstützungsform für die Familie empowernd wirken und einen Schutzraum bieten könnte. Geeignet erschien uns eine Eltern-zu-Eltern-Beratung, die es ermöglicht, sich über rassistische Alltagserfahrungen auszutauschen und gemeinsam Bewältigungsstrategien zu entwickeln. Seit einem dreiviertel Jahr finden regelmäßig Treffen des PoC-Elternkreises², so die Eigenbezeichnung, statt. Wir haben mit den Eltern über Möglichkeiten der Öffnung des Elternkreises nachgedacht und verschiedene Versuche dazu unternommen. Die gewünschte Zielgruppe ist weiterhin schwer zu erreichen. Für die Fachstelle bleibt die Arbeit mit Eltern, die eigene Rassismuserfahrungen haben und / oder sich für ein von Rassismus freies Umfeld im Kontext Kita engagieren möchten, ein Lernfeld.

Julia Schuster / Danilo Starosta
Fachstelle Jugendhilfe

DER FACHARBEITSKREIS MENSCHENRECHTSORIENTIERTE SOZIALARBEIT FAK MENOR

Der Facharbeitskreis Menschenrechtsorientierte Sozialarbeit (FAK MenOr) besteht seit 2014. Er ist ein loser Zusammenschluss von Pädagog*innen im Bereich der Jugendsozialarbeit, schwerpunktmäßig in der Region Chemnitz. Mitglieder des Facharbeitskreises profitieren von der Möglichkeit kollegialer Fallberatung, fachlichem Austausch und verschiedenen Weiterbildungsmaßnahmen. Die Runde trifft sich regelmäßig an verschiedenen Orten in der Region, um den Bezug zum Arbeitsalltag der Mitglieder ständig im Auge zu behalten.

Entstanden ist er aus einer mehrmonatigen Weiterbildungsreihe unter dem Titel „Pädagogisch kompetent? Mit rechten Jugendlichen“ der Werkstatt junge Demokratie des Kulturbüro Sachsen e. V. Themen waren u. a. Informationen über Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Gesamtbevölkerung und über neonazistische Strukturen im Raum Mittel- und Westsachsen, die Kritik des Ansatzes der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen und die Vorstellung und Diskussion des Empowerment von menschenrechtsorientierten Jugendlichen und der Gemeinwesenarbeit. Am Ende der Reihe stand eine Zukunftswerkstatt für die Teilnehmenden, die den Rahmen bot, an eigenen Themen und Bedarfen weiter zu arbeiten. Daraus gründeten sich zwei Arbeitskreise: zum einen der FAK MenOr und zum anderen der AKS Chemnitz (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit).



FORTBILDUNGSREIHE

Jugendring Westsachsen e.V. in Kooperation
mit dem Kulturbüro Sachsen e.V.

Pädagogisch kompetent?
Mit „rechten“ Jugendlichen?

Fortbildungs-Curriculum

2-PoC – People of Color ist eine Selbstbezeichnung von Menschen, die in der Mehrheitsgesellschaft als nicht-weiß angesehen werden.

Seitdem trifft sich FAK MenOr regelmäßig mehrmals im Jahr. Auf der Agenda stehen stets Fallbesprechungen, die Konzeption und Organisation gemeinsamer Veranstaltungen und die Stärkung des FAK MenOr nach innen und außen. Im Jahr 2014 organisierte der Arbeitskreis beispielsweise eine Informationsveranstaltung zu neonazistischen Strukturen in Chemnitz und Glauchau für Interessierte aus der Jugendsozialarbeit. Im Jahr 2015 fanden unter anderem eintägige Workshops zu den Themen „Christliche fundamentalistische Strömungen und menschenrechtsorientierte (Jugend)Sozialarbeit?“ und „Islam? Islamismus? Antimuslimischer Rassismus“ statt. Die Werkstatt junge Demokratie des Kulturbüro Sachsen e. V. unterstützte den Facharbeitskreis in dieser Phase mittels Moderation, Fachexpertise sowie bei Prozess- und Veranstaltungsplanung. Im Jahr 2016 nahm sich der Facharbeitskreis Zeit für eine weitere Zukunftswerkstatt, die von dem Mobilen Beratungsteam Südwest des Kulturbüro Sachsen e. V. moderiert wurde. Die Werkstatt bot den Mitgliedern Raum, das Profil des Arbeitskreises weiter zu schärfen, Bedarfe und Zielvorstellungen zu aktualisieren und neue Schwerpunkte zu setzen. Seitdem liegt der Fokus explizit darauf, Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession zu etablieren und dabei auf verschiedenen Ebenen zu wirken: von der Sozialarbeiter*in über die Träger der Sozialen Arbeit über die Hochschulen über die Kommunen bis hin zur sächsischen Landespolitik. Dafür will sich der Facharbeitskreis für neue Mitglieder sachsenweit öffnen.

Als ersten Schritt in diese Richtung leitete das Mobile Beratungsteam Südwest im Mai 2016 einen Workshop für die Mitglieder zum Thema „Fachstandards in der Sozialen Arbeit“, um einen gemeinsamen Wissens- und Diskussionsstand zu erreichen. Materialien waren dabei wissenschaftliche Texte, unterschiedliche Sets von Fachstandards und deren konkrete Umsetzung in die Praxis. Zeitgleich setzte sich eine Arbeitsgruppe des Facharbeitskreises an die Formulierung eines Selbstverständnisses. Parallel wird an dem Ausbau der Beziehungen zu Hochschuleinrichtungen in Sachsen gearbeitet. Für Ende des Jahres ist eine Beteiligung bei einem Fachtag des Landesarbeitskreises Mobile Jugendarbeit (LAK MJA Sachsen e. V.) im November in Leipzig geplant. Auf diesem möchte sich FAK MenOr der Fachöffentlichkeit vorstellen und seine Position in dem Themengebiet „Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession“ deutlich machen, sowie konkrete Angebote und Ideen zur Umsetzung unterbreiten. Begleitet wird er dabei weiterhin vom Kulturbüro Sachsen e. V., von dem Folgeprojekt der Werkstatt junge Demokratie DiaDem und dem Mobilen Beratungsteam Südwest.

Jane Viola Felber*

PERSPEKTIVEN IM SOZIALRAUM NUTZEN

Das Kulturbüro Sachsen e. V. hat in den letzten 15 Jahren zahlreiche Gemeinwesen-Projekte umgesetzt. Beispielsweise stehen das LEADERplus-Projekt in Reinhardtsdorf-Schöna, das Projekt Horizont 21-Demokratie leben und lernen sowie die Projekte Werkstatt Junge Demokratie und Diversity and Empowerment. In all diesen Projekten wurde eine Methode etabliert und weiterentwickelt, die fester Bestandteil unserer Gemeinwesenarbeit geworden ist: das Sozialraumportrait.³

Bewusst haben wir uns auf Grundlage langjähriger Erfahrungen von der Bezeichnung der Sozialraumanalyse getrennt und diese durch das Sozialraumportrait oder die Sozialraumskizze ersetzt. Das hat weniger mit der Tatsache zu tun, dass es keine einheitliche Definition und keine festgelegten methodischen Herangehensweisen gibt, sondern dass das Konzept der Sozialraumanalyse und dessen Umsetzung mehr beinhalten und umfangreicher sind, als das, was man letztlich für einen erfolgreichen Start in einem Gemeinwesen benötigt. Das Kulturbüro Sachsen e. V. hat bei der Analyse des Sozialraums ausdrücklich einen qualitativen Anspruch. Das heißt, die Erhebungen folgen nicht numerischen Daten und einer größtmöglichen Anzahl von Probanden, sondern qualitativen Methoden, die an dem Inhalt der Aussagen und deren Gewichtung orientiert sind.



Foto: Photocase.com

3-Bisher entstandene Sozialraumportraits können unter www.kulturbuero-sachsen.de/index.php/dokumente/dokumente-unserer-arbeitsbereiche/category/11-gemeinwesenarbeit.html eingesehen werden.

Die qualitative Forschung geht davon aus, dass bereits bei einer Anzahl von ca. zehn befragten Personen, die unterschiedliche Rollen und Perspektiven auf ein Gemeinwesen haben, Rückschlüsse auf eine bestimmte Fragestellung möglich sind. Anders als bei quantitativen Methoden geht es nicht um Repräsentativität, sondern um das Exemplarische der unterschiedlichen Sichtweisen.

Die bisher erstellten Sozialraumportraits des Kulturbüro Sachsen e. V. bezogen sich fast ausschließlich auf kleinere oder mittelgroße Städte in der ländlichen Region im Freistaat und zeigten anhand von mindestens zehn aktivierenden Befragungen und weiteren Methoden Perspektiven auf. Wichtig bei der Erstellung ist eine genaue Überlegung von Zielsetzung – Zielgruppe – Methodenwahl, da diese synergetisch zusammenhängen. Der „Verein für Sozialplanung e. V.“ formuliert hier den Begriff „Planungsinformationssystem“⁴. Unabhängig davon, was im Sozialen Raum geplant und entwickelt werden soll – ob Städtebau, Flächenentwicklung, die Darstellung von sozialen Gegebenheiten oder die Bedarfsermittlung von Randgruppen –, im Voraus bietet sich immer eine genaue Analyse an. Die Auswahl der Methoden definiert sich am besten über die Zielgruppe.

In den Gemeinwesen-Projekten des Kulturbüro Sachsen e. V. waren die Zielgruppen der letzten Jahre überwiegend junge Menschen, die Teilhabe bzw. Mitbestimmungsmöglichkeiten und (jugend-)subkulturelle Vielfalt in ihrem Lebensort schaffen wollten. Um diese Perspektiven in die öffentlichen, bürgerlichen und politischen Ebenen zu transportieren und damit eine Stärkung des Anliegens zu erreichen, wurden im Rahmen der Methode der „aktivierenden Befragung“, die zentral in der Gemeinwesenarbeit ist, Expert*inneninterviews durchgeführt. Von der Lokalpolitikerin über den Verwaltungsmitarbeiter, von der Gemeindepfarrerin bis hin zum Fußballtrainer, all die Personen, die Sozialisationspunkte von Jugendlichen im Lebensumfeld tangieren, gelten als aussagekräftig. Ergänzt werden können diese Sichtweisen auch mit Interviews von im Ort lebenden aktiven Bürger*innen. Vielleicht ist es die Tankstellenpächterin oder der Bäckereifachverkäufer, der über bestimmte Zusammenhänge und Gepflogenheiten Aussagen treffen kann. In der Regel helfen leitfadengestützte Interviews, den Ort, seine Bürger*innen und die Perspektiven kennen zu lernen.

Das Interview sollte nicht länger als eine Stunde beanspruchen, narrativer Natur sein und die Themen beinhalten, die die Zielgruppe bewegt. In unserem Falle waren es beispielsweise Fragen zum Umgang mit Einstellungen im Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, Beteiligungsmöglichkeiten oder Abwanderung. Zum Abschluss funktionieren Wunderfragen bzw. „Wünsch – Dir – was – Fragen“ sehr gut. Gegebenenfalls erreicht man schon über das Interview ein Nachdenken über Problematiken, Zustände und Lösungsansätze. Die so gewonnenen Informationen gilt es dann auszuwerten und in schriftlicher, maßvoller Form aufzubereiten. Das Kulturbüro Sachsen e. V. hat hier einen Lernprozess hinter sich: Wurden anfänglich Ergebnisse auf 80 Seiten dargestellt, sind es nunmehr maximal 20. Mit jungen Menschen ist abzuwägen, mit welchen Methoden sich deren Perspektiven erfahren lassen. Gut eignen sich die Autofotografie oder Nadelmethode⁵,

die beide unter bestimmten Fragestellungen durchgeführt werden können. Sie lassen sich ebenso gut abwandeln oder weiterentwickeln, beispielsweise mit einer Fotoausstellung, die aus autofotografischen Streifzügen entsteht. Welche Methodik die Jugendlichen anspricht, ist durch Gruppenkenntnisse abzuwägen: Manchmal funktioniert auch die schlichteste Methode, die Gruppendiskussion, am besten. Um Parallelen, zum Beispiel in der Bedarfsanalyse darzustellen, ist es von Vorteil, zwei bis drei Jugendgruppen, die auch unterschiedlichen Alters sein sollten, zu Wort kommen zu lassen.

Die Aufbereitung und Ergebnisdarstellung der Untersuchung ist einer der wichtigsten Bestandteile des Sozialraumportraits. Das Kulturbüro überließ die Form der Darstellung in den meisten Fällen den Jugendgruppen. Denkbar wären hier alle möglichen (jugendgerechten) Veranstaltungsformate, in denen die Ergebnisse präsentiert werden können. Um eine möglichst breite Debatte anzustoßen, sollten sich wichtige Akteur*innen ebenso angesprochen fühlen, wie politische Entscheidungsträger*innen, Jugendeinrichtungen, die Kirche, Vereine oder Bürger*innen. Umso breiter das Publikum, umso vielfältiger der Diskurs! Etabliert hat sich die Form der persönlichen brieflichen Einladung mit anschließender telefonischer Erinnerung und Nachfrage.

Als eine erfolgreiche Präsentationsform unserer Gemeinwesen-Projekte haben sich Messestände zu unterschiedlichen Themen der Befragung angeboten. Die Jugendlichen können z. B. bei einem Jugendbeteiligungsprojekt diese

Messestände selbst betreuen, können insbesondere die Ergebnisse der jugendspezifischen Methoden (Nadelmethode und/oder Autofotografie) anschaulich darstellen und kommen dabei selbst in eine Expert*innen-Rolle. Die Teilnehmer*innen kommen so mit den Jugendlichen auf gleicher Augenhöhe und in kleineren, thematischen Runden besser ins Gespräch. In der großen Runde lohnen sich dann Methoden wie z. B. die Fishbowl-Diskussion, um eine hohe Anteilnahme der Bürger*innen und Verantwortlichen aus dem Ort zu gewährleisten und möglichst viele Menschen zu Wort kommen zu lassen.

Als überaus erfolgreich haben sich jene Gemeinwesen-Projekte erwiesen, in denen nach der Analysephase ausreichende personelle Ressourcen zur Weiterarbeit mit den Ergebnissen zur Verfügung gestanden haben.

Ina Lorenz / Michael Nattke
Projektmitarbeiterin DiaDem / Fachreferent

4-Vgl. http://www.vsp.de/cms/front_content352d#a9, verfügbar am 31.8.2016

5-Anm. www.sozialraum.de bietet: „Grundlagentexte und Theoriebeiträge über Sozialraumorientierung und räumliche Ansätze in der Sozialen Arbeit und den Sozialwissenschaften“, verfügbar am 01.09.2016

KOOPERATIONSPROJEKT MIT DER IG BCE NORDOST „IN EINER COOLEN DEMOKRATIE LEBEN“

Gemeinsam mit der IG BCE gingen 3 Thementage im Projekt „In einer coolen Demokratie leben“ im Jahr 2015 an den Start. Diese waren vom Kulturbüro Sachsen e. V. vor Projektstart entwickelt und in der Praxis erprobt worden. Gemeinsam mit der IG BCE wurden dann in den interessierten Unternehmen die Thementage vorgestellt und die Umsetzung geplant.

Dank der intensiven Unterstützung und des breiten Engagements der IG BCE Nordost konnten gute Kontakte in die Unternehmen hergestellt werden. Es gab auf Einladung der IG BCE ein Wochenendseminar mit Vertreter*innen der JAVen und eine Auftaktveranstaltung für Ausbilder*innen, auf der das Projekt vorgestellt und für die Umsetzung der Thementage 1 – 3 in Unternehmen geworben wurde. Ein Infolyer zur Information der Auszubildenden, der Ausbilder und der Interessierten in den Unternehmen wurde in großer Auflage gedruckt und über die IG BCE Nordost in Unternehmen und IG BCE Bezirke verteilt.

Die Resonanz zu den durchgeführten Thementagen war sehr gut, so dass 2016 statt der geplanten 6 Thementage, 14 Thementage in sächsischen und brandenburgischen Unternehmen durchgeführt werden konnten.

Die Evaluation der Thementage ergab folgendes Bild: Das Feedback zu den Thementagen durch die Teilnehmenden war mit über 90 % sehr positiv. Die Teilnehmer*innen haben es als Bereicherung empfunden, über gesellschaftliche Belange diskutieren zu können, diese Themen im Rahmen der Thementage auf ihren eigenen privaten und beruflichen Alltag zurückzuführen und gleichzeitig dabei ihre Meinungen offen auszusprechen. Nahezu alle Teilnehmenden würden die Thementage anderen Gruppen weiterempfehlen. Sehr deutlich wurde diese Einschätzung auch bei den anwesenden Ausbildungsleiter*innen und JAV-Mitarbeiter*innen vertreten.

Nach unserer derzeitigen Einschätzung und den Signalen aus den Unternehmen kann davon ausgegangen werden, dass die Fortsetzung der Kooperation in den Unternehmen 2017 realisiert werden kann.

Mehr zu den Thementagen findet sich unter: http://www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/faltblatt_cooler_Demokratie_web.pdf

Grit Hanneforth
Geschäftsführerin



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie



Foto: Wacker

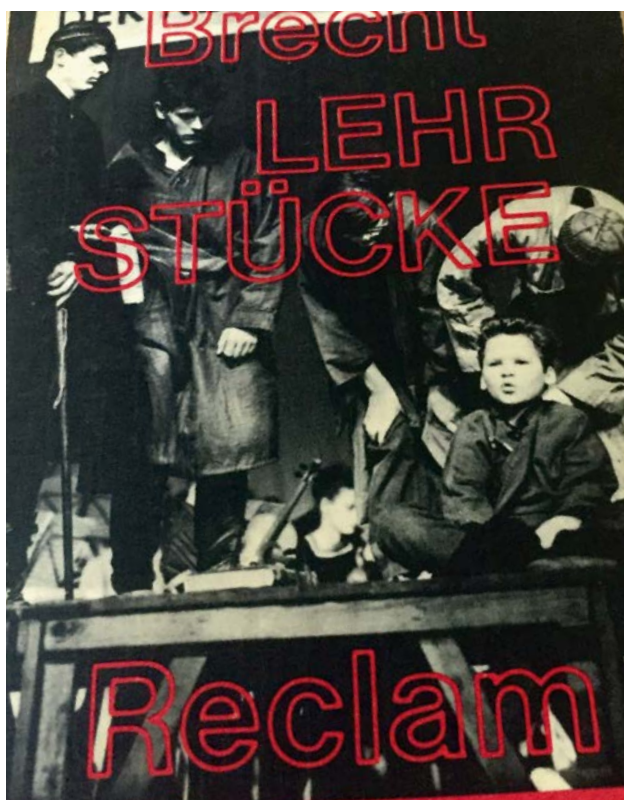


Foto: Wacker

EINE VORREDE ZUR EINFÜHRUNG IN DIE ARBEIT MIT DEN BRECHT- SCHEN LEHRSTÜCKEN.

**„WORAN ARBEITEN SIE?“ WURDE HERR K. GEFRAGT.
HERR K. ANTWORTETE: „ICH HABE VIEL MÜHE, ICH
BEREITE MEINEN NÄCHSTEN IRRTUM VOR.“
BERTOLT BRECHT (WA 12, 377)**

Auch in der politischen Bildung hat der Neoliberalismus tiefe Spuren hinterlassen. Aus Zielgruppen wurden Kunden und für jedes inhaltliche Töpfchen finden sich im Supermarkt der Methoden viele bunte Deckelchen. Selbst die kritisch ambitionierte politische Bildung kämpft nicht nur mit den materiellen Widrigkeiten der Verhältnisse, sondern oftmals auch mit den Beliebigkeiten und Unverbindlichkeiten sozialer Beziehungen. Das hat natürlich seine Gründe, aber denen sollte man sich nicht ergeben. Man sollte sie ändern – wenn man es denn will. Damit, mit dem Wollen und seiner gemeinschaftlichen Verbindlichkeit, befasste sich schon Bertolt Brecht und entwickelte seine Lehrstückpädagogik, die ganz anders ist, als die gepflegten Vorurteile einer Holzhammermethode es erwarten. Ihren experimentellen Charakter und ihr politisches Potential kann man akademisch referieren, besser ist es aber, praktische Erfahrungen damit zu machen. Die Mitarbeiter*innen des Kulturbüro Sachsen e. V. wollen das an einem Tag ihrer Klausur erleben. Was auf sie zukommt, worauf sie sich einlassen und welche Schwierigkeiten es dabei gibt, soll diese kleine Einführung deutlich machen. Den Text nun auch anderen interessierten und engagierten Menschen, die nicht auf der Klausur sein werden, zuzumuten, mag als unpassend, gar als Widerspruch erscheinen. Doch, so heißt es bei Brecht, die Widersprüche sind die Hoffnungen – in diesem Fall zumindest eine Einladung.



Für die meisten, die sich heute mit Brecht und seinen Lehrstücken befassen wollen, gilt erstmal, dass wir schon auf den Kopf gefallen sind, was dicke Beulen macht. Von den damit verbundenen spezifischen, d. h. einseitigen Entwicklungen akademisch ge- und verbildeter Persönlichkeiten, ihren blauen Flecken und schwarzen Löchern, werden wir noch zu reden haben: ob es uns gefällt oder nicht. Schließlich handeln die Lehrstücke Brechts auch von uns – wenn wir mit ihnen handeln.

Jedenfalls bedingt diese besondere Situation eine Herangehensweise, die der eigentlichen, ursprünglichen Intention der Lehrstücke fremd ist. Diese sind zum Spielen da, genauer gesagt, zur spielerischen Selbstverständigung eines politisch agierenden Kollektivs.

Wir dagegen sind gewohnt diskutierend heranzugehen, mit Worten, am liebsten auf geduldigem Papier. Dass man eine Sache totreden kann, weiß jeder. Für die Lehrstücke gilt das ganz besonders. Sie sind provokativ, denn sie stellen unsere eingefahrenen Verhaltens- und Sichtweisen in Frage. Sie zwingen uns, diese kritisch zu betrachten und zumindest versuchsweise andere Haltungen einzunehmen. Wobei „Haltungen“ durchaus wörtlich zu verstehen ist. Auf solche anmaßende Provokation reagieren wir Intellektuellen, wie sollte es anders sein, mit Angst, die sich, wie sollte auch das anders sein, in vermehrter Wortproduktion ausdrückt.

Abstand halten, Distanz; sich nicht darauf einlassen, man könnte verletzt (?) daraus hervorgehen. Und warum denn auch: haben wir nicht genug kluge Sätze im Kopf, um mit diesen wenigen Worten irgendeines toten Klassikers fertig zu werden? Warum denn etwas verändern, wenn man es doch interpretieren kann?

Außerdem war ja schon davon die Rede, daß es sich bei den Lehrstücken um Texte für Kollektive handelt. Das ist eine nicht gerade aktuelle Bezeichnung, die deshalb umso deutlicher vom Begriff der „Gruppe“ zu unterscheiden ist. Stichwort „Kollektiv“, dazu heißt es im Wörterbuch Kritische Erziehung:

„Das K zeichnet sich dadurch aus, daß es sich stets als gesellschaftlich vermittelt begreift; d.h. das K als Basis und Baustein einer kollektiv organisierten Gesellschaft -...- steht in einem selbstbestimmten Arbeitszusammenhang, diskutiert die gesellschaftlichen Prozesse, bestimmt sie und bezieht die politischen Resultate in seine Arbeit ein.“ (Rauch/Anzinger (Hg.) 1975, 181)

Es ist sehr genau zu prüfen, ob bei den Teilnehmer*innen der Veranstaltung tatsächlich davon die Rede sein kann. Was ist die gemeinsame politische Perspektive? Gibt es diese nicht, laufen wir Gefahr, das von Brecht intendierte Mittel/Zweck-Verhältnis umzukehren: sollten die Lehrstücke ein Mittel der kollektiven Selbstverständigung zur (wie auch immer vermittelten) Erreichung eines außerhalb liegenden Ziels sein (dem das Kollektiv verpflichtet war), so werden die Lehrstücke bei uns zum eigentlichen Zweck der Seminargruppe, unsere Gruppe wird zum Mittel, diesen Zweck zu realisieren.

Doch könnte man ja seinen „Guten Willen“ zusammennehmen und die angebliche Kopflastigkeit, die in Wirklichkeit oft nur Schwatzhafteigkeit ist, mal unter Kontrolle bringen, sich mit „Haut und Haar“ auf die Lehrstücke einlassen. Gegen diese (leider nur) sympathische Vorstellung spricht, als materielle Gewalt, die mangelnde Zeit.

Wir haben für unsere Experimente nur wenige Stunden. Das ist zu wenig. Dieser Furz an Zeit reicht hinten und vorne nicht, um richtig was auf die Beine zu stellen. Hinzu kommt noch, daß wir auch aufgefordert sind, nicht nur selbst die Lehrstücke zu erproben, sondern sie auch noch als eine *pädagogische Methode Politischer Bildung* zu reflektieren! Wir haben schon gesehen, daß sich das beißt.

Wer sich in solcher Situation vornimmt, alles möglichst richtig zu machen, der ist nicht nur für Realitäten blind, sondern er verfolgt auch einen Plan, den man zwar ändern kann, der aber immer wieder scheitern wird, weil ihm eine irri- ge Haltung zugrunde liegt, nämlich die, es „trotz-allem“ richtig machen zu wollen.

Wir wollen deshalb einen anderen Weg verfolgen: wir werden Fehler, richtige Fehler machen. Und deshalb lernen. Damit komme ich auf die pädagogische Konzeption Brechts zu sprechen, mit der unsere Vorgehensweise ja angeblich im Einklang stehen soll. Jeder von uns kennt noch aus der Schulzeit die Diskussion um den „positiven Helden“ und die Haltung Brechts dazu. Trotz aller literarischen und öffentlichen Kritik beharrte er z.B. darauf, daß die Figur der Mutter Courage in seinem Stück nichts lernt.

Lernen sollte der Zuschauer, sagte Brecht. Aber gilt das auch für das Lehrstück, wo wir doch alle Darsteller sind und keine Zuschauer? In der Notiz Zur Theorie des Lehrstücks sagt Brecht:

„Es liegt dem Lehrstück die Erwartung zugrunde, daß der Spielende durch die Durchführung bestimmter Handlungsweisen, Einnahme bestimmter Haltungen, Wiedergabe bestimmter Reden und so weiter gesellschaftlich beeinflusst werden kann. Die Nachahmung hochqualifizierter Muster spielt dabei eine große Rolle, ebenso die Kritik, die an solchen Mustern durch ein überlegtes Andersspielen ausgeübt wird. Es braucht sich keineswegs nur um die Wiedergabe gesellschaftlich positiv zu bewertender Handlungen und Haltungen zu handeln; auch von der (möglichst großartigen) Wiedergabe asozialer Handlungen und Haltungen kann erzieherische Wirkung erwartet werden.“ (wa 17, 1024)

Bezogen auf unsere Problemlage heißt das, daß entscheidend nicht die Vorführung möglichst positiver, richtiger Handlungen (Lehre) ist, sondern, daß auch (und gerade besonders) in der Kritik gelernt wird. Wir werden hier nicht paradigmatisch durchspielen, was dann jeder später einmal genauso nachmachen kann.

Wir geben kein fertiges Rezept. Wir wollen versuchen die Vorschläge Brechts zu testen. Sowohl mit eigenen praktischen Erfahrungen, dabei eingedenk der Notwendigkeit fast alles falsch zu machen, als auch auch in der Rezeption von Erfahrungen anderer, die unter anderen Bedingungen gearbeitet haben. Damit wird, wie vielleicht

bei keinem anderen Verfahren, die Mitarbeit eines jeden verlangt. Und zwar eine Arbeit, die sich nicht im passiven Nachvollzug erschöpft, sondern die kreativ, kritisch und eigenständig ist. Das gilt gleichermaßen für die in unserem Seminar initiierten Lernprozesse, als auch generell für das Arbeiten mit den Lehrstücken. Es ist, so auch der Titel der eingangs zitierten Keuner-Geschichte: *Die Mühsal der Besten*.

Vielleicht wird jetzt auch die Dimension dieser Geschichte deutlich, die weit über das humoristische hinausgeht. Es kommt, wenn es lehrreich sein soll, eben sehr darauf an, Mühe und Arbeit auf die Fehler zu verwenden. Deswegen machen wir es nicht *einfach falsch*, siehe die oben bezeichnete Haltung, sondern geben uns alle Mühe, es richtig falsch zu machen. Nicht zufällig spricht Brecht in der Notiz von *hochqualifizierten Mustern*. In diesen kleinen Texten, die auf den ersten Blick so unscheinbar, karg und sogar abstoßend wirken, steckt sehr viel Arbeit, sehr viel Überlegung; steckt die *Mühsal der Besten*.

Es ist von daher gerechtfertigt, einen kurzen Blick auf die Geschichte der Lehrstücke und ihre Rezeption zu werfen.

Zunächst zur Entstehungszeit der Stücke. *Der Ozeanflug* und *Das Badener Lehrstück vom Einverständnis* datieren auf 1929, *Jasager*, *Der Jasager und der Neinsager*, *Die Maßnahme* und *Die Ausnahme und die Regel* auf 1930, *Die Horatier* und *die Kuratier* 1934. Das Fragment *Der böse Baal* der asoziale entstand um 1930 und am *Fatzer*-Fragment arbeitete er (hauptsächlich) in der Zeit von 1927-1930.

Dabei ist anzumerken, daß diese Daten nur eine grobe Orientierung bieten können, es ist für Brechts Schaffensweise typisch, Stücke immer wieder neu zu überarbeiten. So notiert er zwanzig Jahre später, daß im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Garbe-Stoffs auch ein Teil des *Fatzer* „in Frage käme“ (AJ 2, 577; 10.7.51).

In der Biografie Brechts fällt diese Entstehungszeit der Lehrstücke (die anderen zu dieser Zeit entstandenen Stücke sind keine Lehrstücke, auch wenn sie in der Literatur manchmal so bezeichnet werden!) zusammen mit dem Studium des Marxismus. In der Brechtforschung (bis 1972) kam es daher im Rahmen der Phasentheorie zu einer grotesken Fehlbewertung der Lehrstücke, zu einem Urteil, in dem sich sogar bürgerliche und marxistische Literaturwissenschaftler weitgehend einig waren. Die „Phasen-Theorie“ unterscheidet in der Biografie Brechts (bei unterschiedlicher Bewertung versteht sich) die *anarchistisch-nihilistisch-individualistische* (Baal, Mahagonny), die *anti-individualistisch-kollektivistisch-mechanistische* (Lehrstücke) und die *reife Phase der großen Stücke* (ab Galilei).

„Erst Steinwegs umfangreiche und akribische Forschungsarbeit hat aus dem vielfältigen Material des die Theorie zum Vorschein gebracht, die sehr viel weiter geht als die Lehrstücke selbst, zugleich aber hilfreich ist, neue Aspekte an ihnen freizulegen. Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß die von Steinweg rekonstruierte Theorie eine Revolutionierung der Brecht-Forschung bedeutet,...“ (Knopf 1980, 419)

Was hat Steinweg gemacht? Zum einen hat er, wie es Knopf schon sagte, eine Reihe von Quellen und Zeugnissen erschlossen, die erstmals die Rekonstruktion der Lehrstücktheorie erlauben, zum anderen hat er die Lehrstücke ganz einfach mal gelesen, was auch Erstaunliches hervorbrachte. So hat es manchen Literaturwissenschaftler sehr überrascht, daß Brecht auch 1956 noch Die Maßnahme für den Theatertypus der Zukunft hielt, was ja nicht in das Schemata der Phasen-Theorie paßt. Und schon die einfache, unvoreingenommene Lektüre des Lehrstücks Die Maßnahme macht mit den ersten Worten deutlich, daß es sich um ein „Spiel im Spiel“ handelt, was die Kritiker bislang als quasi reales Geschehen bewertet haben.

Für die Lehrstücktheorie sind zwei Bestimmungen grundlegend. Als Basisregel bezeichnet Steinweg die Äußerung Brechts, daß diese Stücke nur für die Darsteller lehrhaft sind, daß sie kein Publikum benötigen (siehe Steinweg 1976a, 87ff; Brecht in: Steinweg 1976b, 199; wa 17, 1024), wobei sich Brecht ausdrücklich auf Laien bezieht und nicht auf Berufsschauspieler. Die zweite Regel ist die sogenannte Realisationsregel:

„Ästhetische Maßstäbe für die Gestaltung von Personen, die für die Schaustücke gelten, sind beim Lehrstück außer Funktion gesetzt.“ (wa 17, 1024)
„Das bedeutet: das Lehrstück zeichnet sich dadurch aus, daß es keine Individuen, keine durch die Schauspieler >repräsentierten< Figuren gestaltet; beide Regeln kommen zusammen, weil, wenn der Zuschauer fehlt, auch niemand da ist, vor dessen Augen der Darsteller eine Figur entstehen lassen könnte (vgl. Steinweg 1976a, 154). Dargestellt werden lediglich Verhaltensmuster, Haltungen, signifikante Situationen: sie werden, wie ein Experiment, im wortwörtlichen Sinn: demonstriert.“ (Knopf 1980, 419)

Auf die weitere Ausdifferenzierung der Lehrstücktheorie soll hier nicht eingegangen werden. Es wird eine Aufgabe der Seminaerauswertung sein, diese Theorie einer politisch-ästhetischen Erziehung aus den eigenen Spielerfahrungen und aus der Literatur zu entwickeln. Würden wir jetzt schon darauf eingehen, käme es mit Sicherheit im praktischen Teil der Veranstaltung zu frucht- und sinnlosen Diskussionen, ob denn die Darstellung der einen Szene, ob denn der Kommentar des anderen Mitspielers, im Einklang oder im Widerspruch zur Theorie stehe. Aber genau das ist schnurzpiep egal.

Will man *kluge Fehler* machen, muß man sich in der schweren Kunst versuchen, *mit dem Lehren aufzuhören*. So der Titel einer Geschichte aus dem Meti: *„Meti sagte: Jeder Lehrer muß lernen, mit dem Lehren aufzuhören, wenn es an der Zeit ist. Das ist eine schwere Kunst. Die Wenigsten sind imstande, sich zu gegebener Zeit von der Wirklichkeit vertreten zu lassen.“ (wa 12, 475)*

Die Lehrstücke bieten uns die Gelegenheit, uns mit der sozialen Wirklichkeit auseinanderzusetzen, wie sie in uns (und in unserem Umgang miteinander) geronnen ist. Sich auf die Lehrstücke einlassen, heißt, sich auf die eigene Wirklichkeit einzulassen, heißt, sich von der Wirklichkeit der Art und Weise wie wir Wirklichkeit verarbeiten, aber auch für uns und andere konstituieren, belehren lassen.

Es ist klar, daß das bei jeder Gruppe anders aussieht, daß es da keine Wiederholungen geben kann, weil jede Gruppe einzigartig ist, so einzigartig, wie auch jedes Individuum in der Gruppe und die sich daraus ergebenden Konstellationen, Interessen und Konflikte. Um es deutlich zu sagen: an dieser Stelle bin ich ebenso Lernender, wie jeder andere mein Lehrer ist. Auch ich muß mich von der Wirklichkeit belehren lassen, von meiner eigenen, der der anderen und der der Gruppe.

Uwe Hirschfeld
Evangelische Hochschule Dresden

Literatur:

- Brecht, Bertolt (wa): Werkausgabe; Frankfurt/Main 1967ff.
- Brecht, Bertolt (AJ): Arbeitsjournal; Frankfurt/Main 1974.
- Knopf, Jan (1980): Brecht-Handbuch 1 Theater; Stuttgart.
- Rauch, Eberhard / Anzinger, Wolfgang (1975) (Hg.): Wörterbuch Kritische Erziehung; Frankfurt/Main.
- Steinweg, Reiner (1976a): Das Lehrstück; Stuttgart.
- Steinweg, Reiner (1976b) (Hg.): Brechts Modell der Lehrstücke; Frankfurt/Main.
- Steinweg, Reiner (1984): Wahrnehmen, Verfremden, Verändern. Frankfurter Spieleinführung; in: Koch, Gerd / Steinweg, Reiner / Vaßen, Florian (Hg.): Assoziales Theater; Köln 1984.
- Steinweg, Reiner (1986): Streng am Text und ganz bei sich; in: Steinweg, Reiner / Heidefuß, Wolfgang / Petsch, Peter: Weil wir ohne Waffen sind; Frankfurt/Main 1986.

Hinweis! Eine knappe und doch profunde Einführung in die politische Bildung bei Brecht findet sich in:

David Salomon: Bertolt Brechts politische Didaktik oder: Die Quadriga von Pädagogik, Ästhetik, Philosophie und Politik; in: Janek Niggemann (Hg.): Emanzipatorisch, sozialistisch, kritisch, links? Zum Verhältnis von (politischer) Bildung und Befreiung; Berlin 2012 (RLS-Manuskripte 97; online zugänglich).



TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

„HOUSING FIRST“ – KONZEPTE DER UNTERBRINGUNG VON GEFLÜCHTETEN MENSCHEN MÜSSEN ÜBERDACHT WERDEN

Am 12. März 2016 fand an der Uni Leipzig das Symposium „Das Wohnen lernen? Zur Unterbringungspraxis von Geflüchteten und Wege zum selbstbestimmten Wohnen“ statt, das vom Initiativkreis: Menschen.Würdig und dem Kulturbüro Sachsen e. V. veranstaltet wurde.

Im Fokus stand eine kritische Auseinandersetzung mit der lagerähnlichen Sammelunterbringung von Geflüchteten – die aktuell erneut als alternativlos dargestellt wird. Demgegenüber wurde das der Obdachlosenhilfe entlehnte US-amerikanische Konzept des „Housing First“ als Begleitung und Empowerment für Geflüchtete intensiv diskutiert, dem viele kreisfreie Städte und Landkreise in Sachsen mit dezentraler Unterbringung den Vorrang zu geben versuchen.

Mit sechs Eingangsvorträgen und in vier vertiefenden Workshops wurde das Thema bearbeitet. Auf Bundesebene ist die Regelunterbringung von Geflüchteten in „Gemeinschaftsunterkünften“ bereits seit Anfang der 1980er Jahren festgeschrieben (aktuell: § 53 AsylG). Sie bleibt bis auf Ausnahmen im politischen wie auch sozialpädagogischen Diskurs in den Regelungen unangetastet. Allerdings überholt vieler Orten die Alltags- die Regelungspraxis.

Dabei bedeutet „Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften“ vor allem für die Betroffenen die Einschränkung der Selbstbestimmung in wesentlichen Lebensbereichen. Sie führt durch eine Art „Gettobildung“ zu Isolation und verhindert Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Diese gegenwärtige Praxis scheint sozialpolitisch der Wohnungslosenhilfe entlehnt, nach der sich Menschen erst „bewähren“ müssen, ehe sie ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden beginnen können. Paradigmatisch dafür steht die so genannte Wohnfähigkeitsprüfung, mit der die „Wohnfähigkeit“ von Geflüchteten überprüft wird. Dabei sind die Prüfkriterien und ihre Anwendung nicht klar. In Potsdam beispielsweise wurde dieser Praxis durch ein Rechtsgutachten, das Verstöße gegen das Grundgesetz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz feststellte, Einhalt geboten. In einigen Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsens müssen Geflüchtete ein solches Prüfverfahren durchlaufen, bevor sie Wohnungen beziehen können.

Demgegenüber steht das Konzept des „Housing First“, das der US-amerikanische Psychologe Sam Tsemberis aus New York im Rahmen des Symposiums vorstellte. Dieses Konzept arbeitet in seinem Kern als begleitetes Empowerment für Geflüchtete. Geflüchtete würden sofort in Wohnungen ziehen, dieser Ansatz wird bereits in einigen Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsens verfolgt, und die soziale Betreuung würde individuell und in Zusammenarbeit mit den Geflüchteten gestellt. „Housing First“ konnte sich in der Obdachlosen-Hilfe durchsetzen und wird inzwischen auch in Europa in anderen Bereichen sozialer Arbeit

angeboten. Auch für das Wohnen Geflüchteter ist dieser Ansatz überlegenswert. Mit diesem Konzept werden die Menschen nicht entmündigt. Sie werden stark gemacht, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen, so lautete das Fazit der Veranstaltung.

Rund 150 Menschen, aus verschiedenen Tätigkeitsfeldern, u. a. der Sozialen Arbeit und der Wissenschaft, nahmen an der Veranstaltung teil. Insgesamt wurde das Symposium sehr positiv aufgenommen. Die Gäste und Referent*innen waren erfreut darüber, dass das Thema Eingang in die Öffentlichkeit gefunden hat.

Das Symposium wurde unterstützt von der Amadeu-Antonio-Stiftung, Pro Asyl, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, dem StudentInnenrat und den Fachschaftsräten Soziologie, Kulturwissenschaften und Politikwissenschaft der Universität Leipzig, Stadt für Alle Leipzig sowie Women in Exile & Friends, Berlin.

Die Vorträge können unter folgendem Link nachgehört und –gesehen werden:

<http://www.menschen-wuerdig.org/symposium/video/>

Susanne Löhne
Initiativkreis: Menschen.Würdig



Foto: Kulturbüro Sachsen e. V.

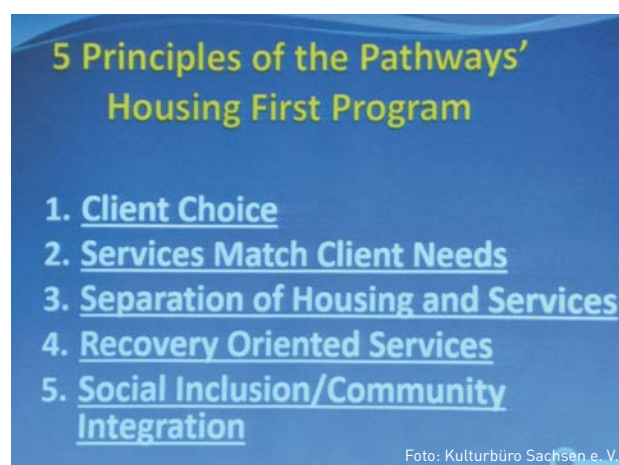


Foto: Kulturbüro Sachsen e. V.

Die fünf Prinzipien des Konzeptes „Housing first“ nach Sam Tsemberis

GERMANY CLOSE UP. AMERICAN JEWS MEET MODERN GERMANY

Zum zweiten Mal gestaltete das Mobile Beratungsteam Nordwest des Kulturbüros Sachsen e. V. einen Vormittag im Rahmen des Begegnungsprogramms Germany Close Up. Im Rahmen dieses Programms setzen sich jüdische Menschen aus den USA an verschiedenen Orten Deutschlands mit modernem jüdischen Leben in Deutschland, mit der Geschichte der Shoah und des deutschen Faschismus sowie aktuellen politischen Debatten auseinander.

Mit großem Interesse verfolgten die Teilnehmer*innen einen Vortrag zu neonazistischen Entwicklungen in Sachsen von den 1990er Jahren bis in die Gegenwart, sowie zu den aktuellen Entwicklungen rechtspopulistischer und rassistischer Proteste gegen geflüchtete Menschen. Dem schloss sich eine lebhaft Diskussionsrunde mit vielen Nachfragen an. Hier offenbarten sich unter anderem Unterschiede in der historischen Beschreibung und Analyse von Ereignissen und Phänomenen: Eine Teilnehmerin fragte erstaunt, warum in der deutschen Diskussion der Begriff Nationalsozialismus eine so starke Verwendung finden würde, dem doch ein analytischer Faschismusbegriff vorzuziehen sei. Für mich war dies (wieder einmal) eine Anregung, bei Debatten um historische und aktuelle Ereignisse den Blick über Deutschland und Europa hinaus zu weiten.

Solvejg Höppner*

DISKRIMINIERUNGSSCHUTZ IM SCHULGESETZ – RECHTLICHE SITUATION UND PERSPEKTIVEN FÜR SACHSEN.

Ein Fachgespräch der GEW Sachsen, der Landeszentrale für politische Bildung und des Netzwerkes für eine Antidiskriminierungskultur in Sachsen (NADIS)



Foto: Franz Hammer

Deutschlandweit finden die Vorgaben der UN-Kinderrechte-Charta und die Behindertenrechtskonvention zum Thema Diskriminierungsschutz an Schulen noch immer in keinem einzigen Bildungsgesetz ihren Niederschlag. Dies war eines der Ergebnisse des Fachtages „Willkommen und Integration“ (Siehe KBS-Newsletter Nr. 03/2015).

Um eine Debatte um den Diskriminierungsschutz an sächsischen Schulen zu fördern und bestenfalls Rahmenbedingungen in das derzeit zu novellierende Schulgesetz einfließen zu lassen, fand am 21. Juni 2016 in der Landeszentrale für politische Bildung ein Fachgespräch statt. Die Berliner Rechtsanwältin Maryam Haschemi Yekani berichtete eingangs von den Erfahrungen des Berliner Netzwerks gegen Diskriminierung in Schule und Kita. Das Netzwerk startete mit einem Modellversuch an ausgewählten Berliner Schulen. Aus diesen Erfahrungen wurde ein Maßnahmenkatalog vorgeschlagen, der Beschwerdestellen nach dem Vorbild der Datenschutzbeauftragten, welcher in Berlin beim Senat angebunden ist, vorsieht. Leider haben diese Empfehlungen bislang keinen Einfluss auf die Schulgesetzgebung des Landes Berlin nehmen können. Die Schulentwicklungsberaterin Dorothea Schütze verdeutlichte aus ihrer Beratungsperspektive, auf welche Bereiche schulischer Bildung sich ein umfassender Diskriminierungsschutz auswirken muss, um eine freie Persönlichkeitsentwicklung zu ermöglichen.

Zahlreich erschienene Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft und der sächsischen Bildungslandschaft diskutierten gemeinsam, welchen Schutz man sich – auch gesetzlich verankert – wünschen würde. Einhellig bemängelt wurde, dass es nicht gelungen war, die Bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen mit dem Veranstaltungsformat zu erreichen.

Franz Hammer*

FORTBILDUNGSREIHE „DIE ANDEREN“ IM BLICK? JUGENDSOZIALARBEIT IN DER MIGRATIONSGESELL- SCHAFT – REAKTIONEN, RESSOURCEN UND HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN

Ein Ziel des Projektes Diversity and Empowerment im Bereich Gemeinwesenarbeit ist die Entwicklung einer Fortbildungsreihe für Sozialpädagog*innen, die mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund arbeiten. Uns erwarteten Mitte März dieses Jahres mit Spannung die 20 Teilnehmenden, eine Gruppe bestehend aus Jugendsozialarbeiter*innen aus Offenen Treffs und der Mobilen Jugendarbeit, Schulsozialarbeiter*innen, Studierenden und Multiplikator*innen aus diversen Organisationen und unterschiedlichen sächsischen Orten von B wie Bernsdorf in Ostsachsen über P wie Pirna bis Z wie Zschopau im Erzgebirge. Mit all diesen motivierten Menschen also würden wir von nun an bis Ende November an 8 Tagen Workshops zu diversen Themen erleben.



Foto: Kulturbüro Sachsen e. V.

Der Einstieg dieser modellhaften Reihe gelang uns mit zwei Veranstaltungen zur Jugendarbeit. Wir sahen uns gemeinsam den Film „Wenn wir reden“ der Initiative für eine alevitische Jugendgruppe aus Dresden an und kamen später mit drei Macher*innen des Films ins Gespräch. In den darauffolgenden Veranstaltungen luden wir Expert*innen zu den Themen Arbeit mit unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden, Rassismus und professioneller Umgang mit rassistischen Äußerungen und Handlungen in der Jugendarbeit sowie „Die islamische Religion, ihre Strömungen und die Lebensrealität von Muslimen in Sachsen“ ein.

Nun, Ende September, schauen wir gespannt auf die drei verbleibenden Tage. Im Oktober treffen wir uns mit Expert*innen zum Thema Empowerment und im November arbeiten wir gemeinsam an der Entwicklung von Projektideen, sicherlich eine der interessantesten Veranstaltungen – gehen doch dann alle mit handfesten Ergebnissen nach Hause. Fortsetzung folgt im nächsten Newsletter.

Susanne Feustel
Projektmitarbeiterin DiaDem

DIE FÜNFTE KONFERENZ „ASYL IN SACHSEN“

findet am 14. und 15. Oktober 2016 im Kraftwerk e. V. in Chemnitz statt. Sie wird mit einem Konzert der Band „Rollin Hopp“ am Freitagabend eröffnet.



Foto: Kulturbüro Sachsen e. V.

Der Sonntagnachmittag steht im Zeichen fachlicher Inputs und verschiedener Workshops. Inhaltliche Schwerpunkte sind insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Thema Kirchenasyl, die Stärkung und Stabilisierung von Willkommensinitiativen und Ehrenamtlichen sowie die Vorstellung alternativer Wohnformen für geflüchtete Menschen. Weiterhin wollen wir die rassistische Vergabep Praxis in Wohnungsbau-Gesellschaften diskutieren, aber auch eigene, häufig unbewusste Rassismen kritisch reflektieren. Der Tag beginnt mit einem Vortrag von Norbert Grehl-Schmitt, Mitglied des Vorstandes von PRO ASYL. Diesem schließt sich eine Podiumsdiskussion von Menschen mit Fluchterfahrung an, die ihr politisches Engagement in Sachsen vorstellen.

Die Konferenz ist ein Kooperationsprojekt des Sächsischen Flüchtlingsrats e. V., des Bildungswerks Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und des Kulturbüros Sachsen e. V.

Heidi Katzki
Praktikantin

MITGEFÜHL STATT VORURTEILE. EIN PLÄDOYER FÜR TOLERANZ UND MENSCHLICHKEIT

Diskussionen darüber, ob – und wenn ja, wie viele – Ausländer*innen in unserem Land aufgenommen werden können, bleiben blutleer, wenn man nicht den einzelnen Menschen wahrnimmt, wenn man keine Vorstellung davon hat, was ein Leben in Deutschland für den einzelnen Geflüchteten bedeutet. Deshalb hat die Initiative Strehlen für Alle zusammen mit dem Caritasverband für Dresden e. V. und in Kooperation mit dem Kulturbüro Sachsen e. V. am 13. Juni 2016 zu einer Lesung und Diskussion mit einer Expertin eingeladen.

Dr. Tatjana Ansbach war viele Jahre als Anwältin für Ausländer- und Asylrecht tätig und hat bei ihrer Arbeit Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern getroffen. Unabhängig davon, ob ihr jemand sympathisch oder auch weniger angenehm war, erlebte sie, wie schwer Ausländern das Leben in Deutschland gemacht wird – besonders, wenn sie als Flüchtlinge kommen. Sie empfindet es als doppelzünftig, wenn den Flüchtlingen erhebliche Integrationsleistungen abverlangt werden, ihnen dann aber gerade bei ihren Bemühungen um Integration auch sehr hohe Hürden in den Weg gestellt werden.



Foto: Benjamin Schöler

Dr. Tatjana Ansbach, Autorin des Buches „Fremd“

Die Geschichten von Menschen, denen Frau Ansbach bei ihrer Arbeit als Anwältin begegnete, hat sie anonymisiert und literarisch bearbeitet in ihrem Buch „Fremd“ veröffentlicht. Eine der Geschichten handelt vom Schicksal einer afghanischen Familie, die während des Asylverfahrens und nach seinem erfolgreichen Abschluss fast fünf Jahre in einem Landkreis in Brandenburg wohnen musste. Wegen der Residenzpflicht durften sie nicht zu Sami, ihrem erwachsenen Sohn nach Berlin ziehen. Sami war schon früher nach Deutschland gekommen und hätte mit seinen guten Deutschkenntnissen die kranken Eltern und den minderjährigen Bruder gerne sehr viel mehr unterstützt. Schließlich kam es zur Gerichtsverhandlung, in der das Sozialamt sich mit der Familie dahingehend einigte, dass das Amt dem Umzug nach Berlin unter der Bedingung zustimmte, dass für die Miete nicht mehr als im brandenburgischen Landkreis gezahlt würde. Die Anwältin schlug dann vor, dass Sami in Berlin eine etwas größere Wohnung auf seinen Namen mieten und er seine Eltern dann als Untermieter zu sich nehmen könne. So wurden die Probleme endlich gelöst und die Familie war wieder vereint.

Im Anschluss an die Lektüre dieser Geschichte stand die Autorin für Fragen zur Verfügung. Es entwickelte sich in guter Atmosphäre ein hochinteressantes Gespräch über die Klippen des deutschen Ausländer- und Asylrechts, zu denen Frau Ansbach mit ihrer Fachkompetenz und mit Bezug auf ihre vielen Gespräche mit geflüchteten Menschen, aber auch Ausländer*innen, die aus anderen Gründen in Deutschland leben, aufschlussreiche Erläuterungen gab.

Dabei wurde deutlich, dass nur das Kennenlernen persönlicher Schicksale die oft verzweifelte und traurige Lage der Asylsuchenden ins Bewusstsein rücken kann und vor allem Begegnungen wirksam dazu beitragen, Intoleranz, Vorurteile und Ängste vor Fremden abzubauen. Insgesamt war der Abend ein leidenschaftliches Plädoyer für Menschlichkeit und Toleranz gegenüber Menschen anderer Kultur, Religion oder Hautfarbe, der insbesondere Flüchtlingshelfer*innen in ihrem Engagement stärkte und andere motivierte, solidarisch zu sein.

Monika Scheidler
Strehlen für Alle

VORTRAG UND DISKUSSION IM SORBISCHEN MUSEUM IN BAUTZEN

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen fand am 22. September 2016 in Bautzen im Sorbischen Museum in Kooperation mit der Domowina – Bund Lausitzer Sorben e. V. eine Veranstaltung über neonazistische und rassistische Erscheinungen in Bautzen und Umgebung statt. Den einleitenden Vortrag hielten Petra Schickert und Markus Kemper. In der anschließenden Diskussion wurde das erschreckende Ausmaß alltäglicher Feindschaft gegenüber Sorb*innen deutlich. Teilnehmende berichteten über die verstärkte Präsenz von Neonazis in der Innenstadt Bautzens. Immer wieder wurde die Frage nach den Ursachen für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und neonazistische Erscheinungen in Ostsachsen gestellt, verbunden mit der Frage, ob solche Menschen für demokratische Grundwerte und ein friedliches Miteinander zurückzugewinnen seien.



Foto: Sorbisches Museum Bautzen, Martin Brützke

Das Kulturbüro Sachsen e. V. bedankt sich sehr bei Christina Bogusz, Direktorin, und Martin Brützke vom Sorbischen Museum für die gute Zusammenarbeit und bei David Statnik, Vorsitzender der Domowina, für die Übernahme der Schirmherrschaft.

Markus Kemper*

KULTURBÜRO INTERNATIONAL

ASYL IN DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK

Das Kulturbüro Sachsen e. V. gestaltete angeregt durch das Büro Mitteleuropa der Heinrich-Böll-Stiftung in Prag und die Kunsthalle Bratislava einen Workshop mit NGO's aus der Slowakei zum Thema Flucht und Asyl. Als Experte nahm außerdem Wolfgang Grenz, ehemaliger Generalsekretär Amnesty International Deutschland, teil. Die Teilnehmer*innen diskutierten Möglichkeiten der direkten Unterstützung geflüchteter Personen, der Gestaltung von Lobbyarbeit, der Mittelakquise sowie der Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit für die slowakische Bevölkerung in Bezug auf Fluchtmigrant*innen und den Islam.

Am darauf folgenden Tag fand eine öffentliche Podiumsdiskussion statt, an der u. a. auch die Leiterin der Menschenrechtsliga Slowakei, Zuzana Številová, teilnahm. Hier spielte der mögliche Umgang mit der asylfeindlichen Atmosphäre im Land eine wesentliche Rolle. Es wurde deutlich, dass rassistische Stimmungen gegen die Aufnahme von geflüchteten Menschen in der Slowakischen Republik künstlich geschürt werden – insbesondere mit Blick auf die Zahl von 50 bis dahin aufgenommenen Asylsuchenden in diesem Mitteleuropäischen Land.

„Der Islam hat keinen Platz in der Slowakei.“ Dieses Statement äußerte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico am 25. Mai 2016. Es gleicht den Aussagen des sächsischen Ministerpräsidenten aus den Jahren 2015 und 2016. Die politischen Rahmenbedingungen in der Slowakischen Republik und die gesellschaftliche Stimmung in Sachsen scheinen vergleichbar. Die Verteidigung des Landes gegen (nichtchristliche) Migrant*innen ist Teil der politischen Agenda der meisten Parteien im slowakischen Parlament, die sich in die Argumentation der weiteren Visegrád-Staaten (neben der Slowakischen Republik zählen Polen, die Tschechische Republik und Ungarn dazu) einreicht.

Marko Schmidt
Projektmitarbeiter Support für Initiative

PODIUMSDISKUSSION IN GLIWICE, POLNISCHE REPUBLIK

Unter dem Titel „Hasssprache. Wo sind ihre Grenzen?“ fand am 16. Juni dieses Jahres eine Podiumsdiskussion in Gliwice, organisiert vom Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit und der Friedrich-Ebert-Stiftung Warschau statt, zu der unter anderem Markus Kemper vom Kulturbüro Sachsen e. V. eingeladen war. Nach der Klärung des Begriffes „Hate Speech“ zeigte Wiktor Soral vom Forschungszentrum für Vorurteile der Universität Warschau die Zunahme von Hate Speech im Internet auf. Jan Dabkowski stellte die Kampagne Bez nienawiści (Ohne Hass) vor. Markus Kemper berichtete von guten Erfahrungen aus Workshops mit Lehrer*innen und Begegnungen Geflüchteter mit Schüler*innen begleitet durch Willkommensinitiativen. In der anschließenden Diskussion mit Lehrer*innen und Schüler*innen wurden Projektideen in den Blick genommen.

Ein besonderer Dank gilt Klaudia Skapczyk und Lucjan Dzumla vom Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit für die sehr gute und freundliche Kooperation.

Markus Kemper*

MIT DEM INTERNATIONAL VISITOR LEADERSHIP PROGRAMM IN DEN USA

„Wir sind ein Einwanderungsland, unsere Geschichte ist eine Geschichte des Miteinanders von Menschen aus allen Regionen der Welt. Das ist unsere Arbeitsgrundlage.“ So oder so ähnlich erklären uns in Washington DC. einige Behördenvertreter*innen, Ministeriumsangestellte, mit teils leuchtenden Augen die Grundprinzipien ihres Tuns. „Aha“ – schießt es mir durch den Kopf. „Das ist ein Unterschied zu Deutschland. Hier ringt man noch um ein annähernd ähnliches Selbstverständnis“ Zu diesem Zeitpunkt befinde ich mich seit gerademal zwei Tagen in den USA.

Und ich weiß, wir werden uns das Thema in den nächsten Wochen genauer ansehen. Wir – das ist eine Gruppe von vier Menschen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands. Wir wurden von den regional zuständigen Konsulaten der USA für das International Visitor Leadership Programm mit dem Titel Demographic Change and Integration in a Multi-cultural Society vorgeschlagen und schließlich vom State Department der USA eingeladen.

Als Mitarbeiterin des Kulturbüro Sachsen e. V. hat mich das Generalkonsulat in Leipzig nominiert.

Und nun befinde mich, Monate später, auf einer dreiwöchigen Reise, die nicht nur mein Wissen sondern auch meinen Horizont erweitern wird. Das ist mir nach den ersten beiden Tagen noch nicht ganz klar. Denn was genau passieren wird, weiß ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht: Mit unserem Begleiter des State Department reisen wir in mehrere Bundesstaaten, täglich treffen wir uns mit diversen Organisationen und Personen – alle vereint, dass sie irgendwie mit den Themen Immigration und Integration verbunden sind.



Foto: Steffen Giersch

Idee und Umsetzung des US-amerikanischen Einwanderungsprogramms stehen im Mittelpunkt der zahlreichen Meetings mit Behörden und Wissenschaftler*innen in Washington DC. Nahe Seattle lernen wir eine Kommune kennen, in der Bürgermeister, Schulen, Vereine, Polizei und weitere kontinuierlich und hochprofessionell zusammenarbeiten, um gute Integrationsbedingungen für Zugezogene zu schaffen. Nur wenige Kilometer weiter sprechen wir mit einer Aktivistin, die selbst einst aus Mexiko geflohen ist und nun homosexuellen Migrant*innen den Start im neuen Zuhause erleichtert. Wir erfahren, dass ein kleiner Teil der rund 10 Millionen Menschen, die sich nicht legal in den USA aufhalten und alleinreisende Kinder aus Mittelamerika Hilfe im Esperanza Center in Baltimore bekommen. In El Paso (Texas) kommen wir mit Projektmitarbeiter*innen ins Gespräch, die Asylsuchenden, die selbständig in die

USA gekommen sind, ein Dach über dem Kopf anbieten. In der gleichen Stadt treffen wir auch Anwalt*innen, die sich für Geflüchtete einsetzen, mit ihnen Asylrechtsverfahren durchkämpfen und über teils menschenrechtswidrige Verhältnisse berichten. Wir sprechen mit einer Polizistin und dem Anti-Diskriminierungsbeauftragten der Stadt New Orleans, Kulturorganisationen, Wissenschaftler*innen und antirassistischen Initiativen im ganzen Land.



Foto: Steffen Giersch

Zusätzlich zu dutzenden dieser bildenden, motivierenden, inspirierenden und manchmal auch irritierenden Begegnungen erhalten wir die Möglichkeit, kulturelle Veranstaltungen und Museen zu besuchen – dazu gehört auch ein Konzert in der Geburtsstadt des Jazz und der Besuch des beeindruckenden Museums zum Zweiten Weltkrieg gleich nebenan.

Schlussendlich lernen wir drei Wochen lang einen Teil der USA kennen, den man als Tourist*in so kaum erleben würde. Und wir trafen Menschen, mit denen man auf einer privaten Reise selten ins Gespräch gekommen wäre.

Was bleibt, sind eine Menge Informationen, Eindrücke und Kontakte, die in Zukunft auch unsere Arbeit beeinflussen werden. Dafür vielen Dank vor allem an das Generalkonsulat der USA in Leipzig und allen Beteiligten, die diese Reise ermöglichten.

Susanne Feustel
Projektmitarbeiterin DiaDem

KONFERENZ „COMBATING RIGHT WING EXTREMISM“ IN WROCŁAW, REPUBLIK POLEN

Am 24. Juni 2016 organisierte das Europejski Instytut Demokracji in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wrocław die Konferenz „Combating right wing extremism at the local level. Polish-German inspirations“. Jane Viola Felber saß für das Kulturbüro Sachsen e. V. in einem Podiumsgespräch, welches Erfahrungen aus der Praxis in der Arbeit gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf kommunaler Ebene näher unter die Lupe nahm. Mit auf dem Podium saßen Vertreter aus Wissenschaft (Agnieszka Bielewska von der Universität in Wrocław), aus Zivilgesellschaft (wie der bekannte Jacek Purski) und aus der Kommune. Moderiert wurde die Diskussion von Michał Syska vom „F. Lassalle Centre for Social Thought“ aus Wrocław.

Jane Viola Felber*

PUBLIKATIONEN

DIALOG? DIALOG! – REDEN. WENN JA UND IN WELCHEM RAHMEN? HANDREICHUNG DES KULTURBÜRO SACHSEN E. V. ZU DIALOGVERANSTALTUNGEN ÜBER DIE THEMEN FLUCHT UND ASYL VOR ORT FÜR INITIATIVEN, POLITIK UND VERWALTUNG

Die anhaltenden rassistischen Mobilisierungen gegen die Aufnahme geflüchteter Menschen und die wachsende Zustimmung zu rechtspopulistischen, völkischen und rassistischen Positionen und Parteien ließen in den letzten Monaten vielerorts den Wunsch nach einer Überwindung der Spaltung der Gesellschaft laut werden. Als Methode wurden öffentliche Veranstaltungen gewählt, auf denen Menschen mit stark divergierenden Meinungen und Wertvorstellungen einen Dialog führen sollen. In der Umsetzung sind diese Veranstaltungen dann häufig von Vorhaltungen, Anfeindungen, stereotypen Bildern und starken Emotionen geprägt und lassen die Teilnehmer*innen ratlos oder bestärkt im eigenen Vorurteil zurück.

Die vorliegende Handreichung richtet sich an Engagierte in Willkommensinitiativen, Bürgerbündnissen, Kirchgemeinden, Gewerkschaften und Unternehmen ebenso wie an Verantwortungsträger*innen in Politik und Verwaltung. Ihnen soll sie Anregungen zum Thema Kommunikation vor Ort liefern.

Zunächst werden anhand von konkreten Beispielen die Herausforderungen im Rahmen von Dialogveranstaltungen dargestellt. Daran schließen sich Anregungen für eine erfolgreiche Dialoggestaltung an, die aus unserer Beratungspraxis resultieren. Den Abschluss bilden konkrete Handlungsempfehlungen für die Kommunikation zu den Themen Flucht und Asyl.



ANALYSE „SACHSEN RECHTS UNTEN“ DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG MIT DEM KULTURBÜRO SACHSEN E. V. VERÖFFENTLICHT

Am 24. Juni 2016 veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen in Kooperation mit dem Kulturbüro Sachsen e. V. eine aktuelle Analyse zur Verfasstheit und den wichtigsten Entwicklungen der organisierten Neonazi-Szene und rechter Gruppen im Freistaat Sachsen. Die vorliegende dritte Ausgabe der Publikation »Sachsen

rechts unten« gibt erneut einen Einblick in die qualitative Verfasstheit der Demokratiegefährdungen in diesem Bundesland in den letzten 12 Monaten. Unser Anspruch ist, exemplarisch zu beschreiben, welche Ziele die sächsische Neonazi-Szene, die Bewegung der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) oder die asylfeindlichen, teilweise gewalttätigen Proteste verfolgen, welche Wirkmächtigkeit sie entfalten können und welche Gefahren daraus resultieren. Es ist keine auf Vollständigkeit abzielende Beschreibung bzw. Analyse dieser Phänomene. Unser Blick ist dabei einer aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Dieser hat den Vorteil, dass er nicht erst dort ansetzt, wo Gesetze gebrochen werden oder offener Verfassungsbruch propagiert wird. Die gesamte Analyse finden Sie hier: http://www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/sachsen_rechts_unten_2016_web.pdf Den mittlerweile wieder verfügbaren Nachdruck erhalten Sie in den Regionalbüros und der Geschäftsstelle des Kulturbüro Sachsen e. V.

DIE PARLAMENTARISCHE PRAXIS DER AfD IN DEN KOMMUNALPARLAMENTEN SACHSENS

Zwei Jahre nach den Kommunalwahlen in Sachsen ist es Zeit für ein erstes Resümee bezüglich der Arbeit der AfD in den sächsischen Kommunalparlamenten. Die Partei erreichte bei den Gemeinderatswahlen ein Gesamtergebnis von 2,5 % und errang 34 Sitze. Darüber hinaus schaffte sie es bei den Kreistagswahlen rund 5,7 % der Stimmen auf sich zu vereinen und besetzt fortan 58 Sitze in den sächsischen Kreistagen. Sie ist damit erstmals in dieser Stärke in den Kreisen und Kommunen des Bundeslandes vertreten.

Die kommunalen Themen stehen bei der AfD im Schatten ihrer Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Dies ist zum einen am Stellenwert abzulesen, den die kommunalen Themen in der Agenda des Landesvorstandes und der Veröffentlichungen der Partei einnehmen. Kommunale Themen kommen hier nur am Rande vor. Auch weisen die Verlautbarungen der Parteichefin Frauke Petry oder anderer hochrangiger AfD-Politiker*innen auf die zu vernachlässigende Rolle der Kommunalpolitik aus Sicht der Partei hin. Die Städte und Gemeinden kommen in ihren Reden, Anträgen und Initiativen lediglich im Kontext von Überlastung durch das Hauptthema der AfD – Flucht und Asyl – oder als die Betroffenen einer falschen Landes-, Bundes- oder EU-Politik vor. Eine eigene Themensetzung aus den Kommunen, Kreisen und Städten in Richtung Land oder Bund ist hingegen die absolute Ausnahme. Die Wichtigkeit von spezifisch kommunalen Themen und kommunaler Verankerung spielt bei der Selbstdarstellung der AfD in Sachsen eine sehr untergeordnete Rolle. Im Auftrag von Weiterdenken e. V., dem sächsischen Bildungswerk in der Heinrich-Böll-Stiftung, entstand der vorliegende Beitrag von Michael Nattke, Grit Hanneforth und Anna Gorski. Er untersucht exemplarisch die parlamentarische Praxis der AfD in den sächsischen Kommunalparlamenten und verbindet Schlussfolgerungen mit Handlungsansätzen: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/06/nattke_parlamentarische_praxis_der_afd_in_den_kommunalparlamenten_sachsens.pdf

ANSPRECHPARTNER_INNEN IM KULTURBÜRO SACHSEN E. V. GESCHÄFTSSTELLE

Bautzner Straße 45
01099 Dresden

Geschäftsführung

Grit Hanneforth
Telefon: 0351 - 272 14 90
buero@kulturbuero-sachsen.de

Fachreferent

Michael Nattke
Telefon: 0351 - 563 555 39
michael.nattke@kulturbuero-sachsen.de

Verwaltung, Büro- und Projektmanagement

Liane Römmermann
Telefon: 0351 - 32 33 659
liane.roemmermann@kulturbuero-sachsen.de

Projekt: Neunzehn Namen aus Neunzehntausend

Tim Hexamer
Telefon: 0351 - 500 54 16
tim.hexamer@kulturbuero-sachsen.de

MOBILE BERATUNG

Mobiles Beratungsteam

Regionalbüro Mitte-Ost

Markus Kemper / Petra Schickert
Telefon: 0351 - 810 696 80
mbt.mitte-ost@kulturbuero-sachsen.de

Mobiles Beratungsteam

Regionalbüro Nordwest

Franz Hammer / Solvejg Höppner
Telefon: 0341 - 25 668 000
mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de

Mobiles Beratungsteam

Regionalbüro Südwest

Jens Paßlack / Jane Felber
Telefon: 0371 - 278 15 65
mbt.suedwest@kulturbuero-sachsen.de

VORSTAND

Matthias Klemm
Johanna Stoll
Achim Wesjohann

EMPOWERMENT & GEMEINWESEN

Projekt: DiadEM – Diversity und Empowerment

Susanne Feustel / Ina Lorenz
Telefon: 0351 - 563 556 30
junge-demokratie@kulturbuero-sachsen.de

FACHSTELLE JUGENDHILFE

Demokratiewerte gegen Rechtsextremismus

Julia Schuster / Danilo Starosta
Telefon: 0351 - 563 556 30
danilo.starosta@kulturbuero-sachsen.de

FACHSTELLE ASYL & MIGRATION

Projekt: Support für Initiative

Marko Schmidt / Nina Fridman / Theresa Lux
Telefon: 0351 - 810 696 81
support@kulturbuero-sachsen.de

UM DIESES ENGAGEMENT AUCH ZUKÜNFTIG ABZUSICHERN, BRAUCHT ES NEBEN DEN ZUWENDUNGEN AUS DEN FÖRDERPROGRAMMEN AUCH DIE UNTERSTÜTZUNG VON PRIVATPERSONEN UND UNTERNEHMEN. UNSERE FÖRDERGELDER KÖNNEN NUR DANN ABGERUFEN WERDEN, WENN DER VEREIN BEACHTLICHE EIGENMITTEL ERBRINGT. HINZU KOMMT, DASS MIT KLAR PROJEKTGEBUNDENER FÖRDERUNG NICHT FLEXIBEL AUF AKTUELLE ENTWICKLUNGEN UND EREIGNISSE REAGIERT WERDEN KANN.

DESHALB: UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT EINER SPENDE

IBAN: DE 288 5020 500000 3587 301
BIC: BFSWDE33DRE

Inhaber: Kulturbüro Sachsen e. V.
Verwendungszweck: Demokratieentwicklung

Wenn es Ihnen ein Anliegen ist, unsere Tätigkeit eher längerfristig zu begleiten und zu befördern, dann denken Sie darüber nach, ob eine Fördermitgliedschaft in unserem Verein die Variante ist, die besser zu Ihren Zielen und Ansprüchen passt.

Wir danken Ihnen für Ihre Spende!
Ihr Kulturbüro Sachsen e. V.
www.kulturbuero-sachsen.de

NEWS UPDATE



IMPRESSUM

Redaktion:
Kulturbüro Sachsen e. V.
Geschäftsstelle
Bautzner Straße 45
01099 Dresden

Geschäftsführung
Grit Hanneforth
Telefon: 0351 - 272 14 90
buero@kulturbuero-sachsen.de

November 2016

Layout: HAMMERGEIGEROT